

Erich Später – Der homogene Stamm. Die sudetendeutsche Volksgemeinschaft

Am 15. November 1922 beginnt die Streikbewegung an der Philosophischen Fakultät der deutschen Universität zu Prag. Vorlesungsboykott, Kundgebungen und Demonstrationen legen den Universitätsbetrieb lahm. Die Rebellion erfasst die naturwissenschaftliche Fakultät und die Technische Universität Brünn. Die streikenden Studenten und die mit Ihnen sympathisierenden Dozenten und Professoren werden von breiten Teilen der tschechoslowakischen Bürger deutscher Herkunft unterstützt. 50 Gemeinden im Grenzgebiet Böhmens senden offizielle Solidaritätsadressen.

Deutsche Turn- und Gesangsvereine, Zusammenschlüsse von Hundern, - Pferde und Kleintürzüchtern, der Bund der Kriegsgeschädigten, Witwen und Waisen und viele andere kleine und große Vereine stellen sich hinter die studentische Revolte. Großkundgebungen finden in den Städten Eger, Joachimsthal und Falkenau statt. Die streikenden Studenten und ihr breites gesellschaftliches Umfeld sind sich einig: "Weg mit dem Juden Steinherz. Ein Jude kann nicht Rektor der deutschen Universität zu Prag sein. Die Regierung der Republik und der für die Hochschulen verantwortliche sozialdemokratische Minister Rudolf Bechyně waren nicht bereit den Forderungen des antisemitischen deutschen Mobs nachzugeben.

Am 27. November, zwei Wochen nach Ausbruch des Streiks beschließen die deutschen Studenten seinen Abbruch und verabschieden eine Kampfansage an die demokratische Republik " Mit unserem Auftreten haben wir den verborgenen jüdischen Faktoren für das künftige Jahrzehnt die Lust genommen, an die Spitze der deutschen Universität einen Feind des Deutschtums zu stellen. Der größte Erfolg unseres bisherigen Kampfes liegt vielleicht darin, dass auch der Gleichgültigste unter uns die Gefahr des Judentums in ihrer ganzen Größe erfasst und die Überzeugung erworben hat, dass es für die Deutschblütigen nur eine Lebenslösung gibt; Die Ketten zu zertrümmern, in die die Auserwählten eines verbrecherischen Gottes unser armes Volk geschlagen." Der Historiker Julius Leber, tschechoslowakischer Bürger deutscher Herkunft jüdischen Glaubens wird 1942 im Konzentrationslager Theresienstadt ermordet. Die deutsche Universität zu Prag verschmilzt 1942 mit der Reinhard Heydrich Stiftung zu einer Einrichtung, in der Rassen-, - und Ostkunde, Eugenik und Volkstumsforschung, das deutsche Vernichtungsprogramm wissenschaftlich unterstützen und begründen.

Die 1920 verabschiedete demokratische Verfassung der CSR garantierte allen Bürgern der Republik die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Konstituiert aus den historischen Ländern der böhmischen Krone, der Slowakei und der karpatho-ukraine, folgte sie in ihrem Staatsverständnis den westlichen Traditionen der Staatsbürgernation, die sich politisch und territorial definiert. Gemäß den Bestimmungen des internationalen Minderheitenschutzvertrages von Juli 1919 garantierte die CSR Zweisprachigkeit, wenn der Anteil des anderssprachigen Bevölkerungsteils 20% betrug. Kulturelle Autonomie und Schulselbstverwaltung der Minderheiten waren garantiert. Die Bürger der CSR jüdischen Glaubens erhielten die Möglichkeit für eine eigene jüdische Nationalität zu optieren.

Der Präsident der Republik Thomas Masaryk und sein engster Mitarbeiter Edward Benesch waren seit Jahrzehnten erbitterte Gegner des politischen Antisemitismus. Masaryk verteidigte 1899 den jüdischen Angeklagten Leopold Hilsner in einem der letzten Ritualmordprozesse Mitteleuropas. Er hasste den Antisemitismus und bezeichnete ihn als " geistige Perversion" In seinen Lebenserinnerungen schreibt Klaus Mann über die Republik, die ihn und seine Familie 1936 einbürgerte " Die Tschechoslowakei Masaryks und Benesch hätte verdient, dass man um ihretwillen das Äußerste riskierte. Es war ein gutes Land, eine gute Demokratie. Von allen

europäischen Völkern waren es die Tschechen, die damals am mutigsten und am klarsten eben die Ideale und Überlieferungen repräsentierten, die in Deutschland mit Füßen getreten wurden."

Die deutsche Bevölkerung der Republik ist in Ihrer großen Mehrheit nie bereit, die republikanische und staatsbürgerliche Grundordnung der CSR zu akzeptieren. Ihre Parteien einschließlich der Sozialdemokratie boykottieren die verfassungsgebende Nationalversammlung und lehnen die Angebote Masaryks ab, sich an der Regierung zu beteiligen. Die Instabilität des europäischen Staatensystems und das Erstarken der extremen Rechten in Deutschland lässt sie auf eine baldige Revision des Verträge von Versailles und St. Germain hoffen. Die völkische Kampfgemeinschaft aus

DNSDAP und deutscher Nationalpartei repräsentiert auch in der Zeit des sog. deutschen Aktivismus, d.h. der Regierungsbeteiligung deutscher Parteien, immerhin ca. 25% der Sudetendeutschen Bevölkerung. Allein die sozialdemokratische Partei wird im Verlauf der Zwanziger Jahre zu einer zuverlässigen Stütze der Republik.

Zwischen diesen beiden Polen agieren die konservativen Parteien des Bundes der Landwirte und die deutsche christlich soziale Volkspartei. Sie entsprechen den sogenannten Vernunftrepublikanern der Weimarer Republik, die mangels einer machtpolitischen Alternative die republikanische Ordnung zähneknirschend akzeptieren. Als klassische Klientelparteien versuchen sie die Interessen ihrer Wähler ab 1926 auch auf der Ebene der Regierungsbeteiligung zu vertreten. Ein breites Feld von Verbänden, Vereinen, und Interessengruppen vertritt die "nationalen Interessen" der Sudetendeutschen.

Die Begriffe "Sudetenland" und "Sudetendeutsche" werden nach der Gründung der CSR als politische Kampfbegriffe der deutschen Nationalisten kreiert. Sie sind vor 1918 als Selbstbezeichnung der Deutschen in Böhmen und Mähren kaum gebräuchlich. Sie definieren eine völkische deutsche "Kampf- und Schicksalsgemeinschaft" jenseits aller geographischen, ökonomischen, politischen und sozialen Unterschiede, der in den Grenzgebieten der CSR lebenden Staatsbürger deutscher Herkunft.

Völkisch bedeutet eine Konzeption von deutscher Nation, die sich in radikaler Frontstellung gegen alle Vorstellungen einer universellen Menschheit befindet. Daraus folgt der unerbittliche Kampf gegen alle Formen des Liberalismus, der Demokratie und des Sozialismus auf gesellschaftlicher und politischer Ebene. Der deutsche Nationalismus definiert das Volk als unaufhebbare, natürliche Gemeinschaft, als lebendiges Wesen, dem der einzelne untergeordnet ist. Als Abstammungs- und Blutsgemeinschaft ist der deutsche Volkskörper seit Jahrtausenden der Gefahr stetiger Zersetzung ausgesetzt. Römisches Recht, Kapitalismus, liberale Demokratie, marxistischer Sozialismus sind dabei den deutschen Volkskörper zu zersetzen. Biologischer Träger dieses Angriffes und größter Feind des deutschen Volkes sind die Juden. Die Niederlage im 1. Weltkrieg, der Vertrag von Versailles, bedeutet daher nicht nur eine Schwächung deutscher Macht. Auch den Römern, dem Papst, den Franzosen war dies im Verlauf der Geschichte gelungen. Versailles bedeutet vor allem die Machtübernahme des schlimmsten Feindes des deutschen Volkes: des internationalen Judentums. Die Vernichtungswut der radikalen Nationalisten bündelt sich in der zur Tat drängenden Parole: Nieder mit der Judenrepublik.

1933 ist in dieser Interpretation viel mehr als eine faschistische Machergreifung mit blutigen Terror, Zerschlagung der Arbeiterbewegung und des demokratischen Rechtsstaates. Die nationalsozialistische Bewegung und ihr charismatischer Führer verkörpern den radikalen.

deutschen Nationalismus, der zur Staatsmacht wird. Die Leichtigkeit mit der es gelingt die politischen Feinde zu isolieren und auszuschalten, ist Indiz für die gesellschaftliche Mehrheitsfähigkeit und Attraktivität des radikalen Nationalismus, der weit über die NSDAP hinausreicht. Das Jahr 1933 bedeutet den Beginn der Säuberung des deutschen Volkskörpers zunächst von den politischen und gesellschaftlichen Trägerschichten der Vorstellungen universeller menschlicher Gleichheit. Liberalismus, Marxismus, Kommunismus. Gleichzeitig ist es der Beginn des deutschen Vernichtungskrieges gegen den jüdischen Teil der Menschheit. Die Kriegserklärung wird am 2. April 1933 formuliert und trägt den prosaischen Titel *Gesetz zur Wiederherstellung des deutschen Berufsbeamtentums*. Neben der Säuberung der Exekutive von Anhängern der demokratischen Republik bedeutet die gleichzeitig stattfindende Entlassung fast aller Beamten jüdischer Herkunft nichts anderes als die Widerrufung der staatsbürgerlichen Gleichheit und damit die Aufhebung der Emanzipation.

Der Machtantritt Hitlers wird im Sudetenland mit Begeisterung aufgenommen. Die wachsenden Provokationen der völkischen Kampfverbände werden aber von der demokratischen Staatsmacht entschieden bekämpft. Die Führer der DNSDAP werden verhaftet und ihre Organisation im November 1933 verboten. Als Nachfolgeorganisation gründet Konrad Henlein im gleichen Monat die Sudetendeutsche Heimatfront. Die Heimatfront repräsentiert ein breites Spektrum völkischer Organisationen und Verbände, die bereits den Arierparagraphen und das Führerprinzip als politische Grundlage akzeptiert haben. Die Sudetendeutsche Heimatfront, 1935 umbenannt in Sudetendeutsche Partei, ist nicht nur die fünfte Kolonne Hitler Deutschlands. Der hohe Grad ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz und Verankerung zeigt die freiwillige Verwandlung von Bürgern eines demokratischen Staates in Mitglieder des homogenisierten sudetendeutschen Stammeskörpers lange vor dem Anschluss an Hitler-Deutschland. Am 1. März 1937 beschließen der Sudetendeutsche Turnerbund und der Bund der Deutschen, beides Organisationen mit mehreren hunderttausend Mitgliedern: "Unser Ziel ist die Reinigung des Volkskörpers von schweren körperlichen und geistigen Leiden, besonders von schweren Erbkrankheiten und erblicher Belastung. Weil der Deutsche Turnverband der Erziehungsverband der sudetendeutschen und die verpflichtende Vorstufe unseres gesamten völkischen Lebens geworden ist, betrachtet er es als seine Pflicht, durch Einführung von Gesundheitszeugnissen den biologischen Reinigungsvorgang in seinen eigenen Reihen zu beginnen."

Die freiwillige innere Gleichschaltung ist nach der Selbstaflösung der bürgerlichen Parteien im Frühjahr 1938 fast vollzogen. Bei den Kommunalwahlen im Mai und Juni erreicht die Sudetendeutsche Partei, die nunmehr 1,2 Millionen Mitglieder zählt zwischen 80 und 90 Prozent der Stimmen, und dies bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 3,4 Millionen Menschen. Im Herbst 1937 wird der taktische Legalitätskurs der sudetendeutschen Partei zugunsten der unverhüllten Unterstützung der deutschen Aggression gegen die CSR aufgegeben. In Abstimmung mit der Nazi-Führung in Deutschland werden die Forderungen nach Selbstbestimmung und Abtrennung immer weiter radikalisiert. Am 28. März 1938 vereinbart Konrad Henlein, der Volksgruppenführer, mit den höchsten Naziführern bei einer Unterredung in Berlin das weitere Vorgehen: Die Forderungen an die Regierung der CSR sollten immer maßloser werden und für diese auf jeden Fall unannehmbar sein. Die Organisationen paramilitärischer Banden, das sogen. Sudetendeutsche Freikorps und der SA-ähnliche "Freiwillige Schutzdienst" sollten bewaffnete Konflikte provozieren und loyale Bürger der Republik mit Hilfe von Terror und Mord einschüchtern.

Mit gewaltigem Aufwand beginnt Nazi-Deutschland ab April 1938 eine internationale Propagandakampagne für die "gequälte, von Völkermord und Vertreibung" bedrohte deutsche

Minderheit. Das propagandistische Trommelfeuer wird begleitet von einer erneuten Radikalisierung des antisemitischen Terrors in Deutschland. Die Hauptsynagogen München und Nürnbergs werden im Sommer 1938 unter Abhaltung von Massenkundgebungen in Anwesenheit Zehntausender Deutscher zerstört. In Franken beginnt Mitte September die Vertreibung der gesamten jüdischen Bevölkerung aus den Dörfern und Kleinstädten. Die wirtschaftliche Ausplünderung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung wird beschleunigt zu Gunsten der deutschen Aufrüstung. Während des Frühjahrs und Sommers 1938 kommt es im Sudetenland analog zu den Vorgängen in Deutschland zu spontanen Gewaltaktionen gegen die jüdische Bevölkerung, die sich im September zu lokalen Pogromen steigern. Die Städte Warnsdorf und Komotau brüsten sich bereits im September 1938, noch vor der Annexion, sie seien "judenfrei". Von ihren Verbündeten Frankreich und England im Stich gelassen, unterwirft sich die Regierung der demokratischen CSR Ende September 1938 einem der größten und brutalsten Erpressungsunternehmen der modernen europäischen Geschichte. Ohne auf Widerstand zu stoßen besetzen die Nazi-Truppen ab dem 1. Oktober ein Gebiet von 28000 qkm. Nach dem Anschluss Österreichs im März 1938 besiegelt die Annexion der westlichen Grenzgebiete der CSR die deutsche Hegemonie über Mittel- und Südosteuropa.

Der Einmarsch der Wehrmacht und der SS wird von der sudetendeutschen Bevölkerung mit euphorischer Begeisterung gefeiert. Der Stamm wird aufgenommen in die große deutsche Volksgemeinschaft. Es folgt eine Explosion der Gewalt in vielen Dörfern und Städten. Die Ausschaltung der wenigen tausend aktiven Sozialdemokraten und Kommunisten verläuft ohne Probleme. Sie waren geächtet in einer Gesellschaft in der die Ideale von Adolf Hitlers Rassenstaat, der Traum von der homogenen Einheit des zur Herrschaft bestimmten und zur Vernichtung legitimierten deutschen Herrenvolks zur Überzeugung der übergroßen Mehrheit wurden.

Nach der Vereinigung wird der Terror gegen die jüdische Bevölkerung durch die Übernahme der antisemitischen Nazigesetze innerhalb von zwei Monaten institutionalisiert. Es beginnt das große Beutemachen. Die Massenflucht der jüdischen Bevölkerung, es handelt sich um ca. 30000 Menschen, beschleunigt und erleichtert die Inbesitznahme ihres Eigentums. Dresdner und Deutsche Bank schicken ihre Plünderungsexperten in den Sudetengau, um ihre Anteile an Fabriken und Bergwerken zu sichern. Aber auch der einfache Volksgenosse erhält seinen Anteil. In Karlsbad werden 71 Kurhäuser und Hotels sowie 93 Geschäftshäuser "arisiert". In Aussig gab es 178 jüdische Geschäfte, die alle im Januar 1939 bereits im Besitz von Volksgenossen sind. Im Mustergau Sudetenland verbleiben 400000 Menschen tschechischer Herkunft. Der öffentliche Gebrauch ihrer Sprache wird untersagt. Ihre Schulen und kulturellen Einrichtungen werden verboten. Die rüstungswirtschaftliche Bedeutung ihrer Arbeitskraft für das deutsche Reich im beginnenden 2. Weltkrieg verhindert die von der sudetendeutschen Volksgemeinschaft geforderte totale Germanisierung des Mustergaus.

Der völkische Radikalismus wird durch die Erfordernisse des Aggressionskrieges gebremst, macht sich aber in spontanen Enteignungs- und Terroraktionen gegen die verbliebene nicht-deutsche Bevölkerung immer wieder bemerkbar. Der Auflösung der staatlichen Existenz der CSR im März 1939 und die Bildung des "Reichsprotectorat Böhmen und Mähren" auf dem verbliebenen Territorium des tschechischen Teils der Republik werden von den Sudetendeutschen als endgültiger Sieg über das "minderwertige Tschechentum" gefeiert. Die Ernennung Reinhard Heydrichs, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, zum "stellvertretenden Reichsprotector" am 27. Sept. 1941 wird von der deutschen Bevölkerung mit großen Hoffnungen aufgenommen. Erwartet man doch von dem Mordexperten durchgreifende Maßnahmen gegen das "Tschechentum". Das im Auftrag Benesch durchgeführte Attentat am 27.5. 1942, an dessen Folgen er 1 Woche später stirbt, wird von

der sudetendeutschen Volksgemeinschaft mit Empörung und Hassausbrüchen gegen die tschechische Minderheit beantwortet. Dies ist der übereinstimmende Tenor aller Berichte der unterschiedlichsten Dienststellen. "Die deutsche Bevölkerung hat sich an der Mitfahndung nach den Tätern nicht nur sehr rege beteiligt, sie hat nicht nur die scharfen Maßnahmen der deutschen Staatführung einheitlich als gut und richtig angesehen, sondern sie hat allgemein die Verfolgung der reichsfeindlichen Elemente im Protektorat mit wahrer Genugtuung aufgenommen..... Die sudetendeutsche Bevölkerung ist der Meinung, dass den Tschechen noch viel zu viel Freiheiten gewährt werden, die sie nur zum Schaden des Deutschen Reiches ausnützen." (Lagebericht Juni 1942 des Regierungspräsidenten von Aussig)

Noch im April 1944 werden auf einer Konferenz hoher Funktionäre der SS und der NSDAP in Karlsbrunn Szenarien für die endgültige Vernichtung der tschechischen Nation diskutiert.

"Das Fernziel nationalsozialistischer Reichspolitik in Böhmen und Mähren muss auf die Wiedergewinnung des Bodens und der auf ihm siedelnden Menschen für das deutsche Volkstum und für die Reichsidee gerichtet sein. Um dies erreichen zu können, gibt es zwei Möglichkeiten: entweder:

A. Die totale Aussiedlung der Tschechen aus Böhmen und Mähren in ein Gebiet außerhalb des Reiches B. Bei Verbleib des Großteils der Tschechen in Böhmen und Mähren die gleichzeitige Anwendung vielfältigster der Assimilation und Umvolkung dienenden Methoden nach einem X-Jahresplan. Dabei können drei Grundlinien verfolgt werden:

1. Die Umvolkung des rassisch geeigneten, also blutsmäßig für uns erwünschten Tschechen.
2. Die Aussiedlung von rassisch unverdaulichen Tschechen und aller destruktiven Elemente der reichsfeindlichen Intelligenzschicht
3. Die Neubesiedlung dadurch frei gewordenen Raumes mit frischen deutschen Blut".

Am 29. September 1944 proklamiert Gauleiter Henlein die allgemeine Bewaffnung der männlichen Bevölkerung des Sudetengaus. 300.000 Männer werden in Volkssturmbataillonen zusammengefasst. Sie sollen die Einheiten der Wehrmacht und SS verstärken, jeden tschechischen Widerstand erbarmungslos unterdrücken, die ca. 300.000 vor allem in der Rüstungsindustrie eingesetzten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter unter militärischer Kontrolle halten und die Wachmannschaften der 336 sich auf dem Gebiet des Sudetengaus befindlichen Konzentrations-, Sklavenarbeiter-, - und Kriegsgefangenenlager verstärken. Die Bevölkerung reagiert zustimmend und erleichtert auf die Bildung der "Volkssturmeinheiten". Die ständig wachsende Furcht vor einem Aufstand und die Angst vor der Niederlage NS-Deutschlands verstärken die Entschlossenheit mit allen Kräften für Deutschlands Sieg zu kämpfen.

Mit dem Vormarsch der Alliierten in das Innere Deutschlands im Frühjahr 1945 wird das Sudetenland zum Durchmarschgebiet und Endziel Zehntausender Gefangener der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager. Riesige Kolonnen russischer Kriegsgefangenen treiben die deutschen Bewacher durch die Orte und Städte des Mustergaus. Unzählige Gefangene werden von den Wehrmachts- und SS- Mannschaften erschossen. Die tschechische Bevölkerung reagiert geschockt und voller Entsetzen auf das Geschehen. Sie finden ihre tiefe Angst, dass die Deutschen zu allem fähig sind, bestätigt. "Keine Propaganda gegen die Deutschen könnte so wirksam sein wie der Anblick dieser Elendsgestalten", notiert ein tschechischer Zeuge des monatelang vor aller Augen durchgeführten Massenmords. "Geht abrechnen mit den Deutschen für alle ihre Gräueltaten und habt kein Erbarmen mit den deutschen Mördern" heißt es im Aufruf der tschechoslowakischen Regierung vom 17. April

1945. Die Bestrafung der deutschen Nationalsozialisten und die Aussiedlung des größten Teils der Deutschen war Konsens bei allen Parteien der wiederentstehenden tschechoslowakischen Republik.

Die Auslöschung der staatlichen Existenz der CSR, die grausame und brutale Besatzungspolitik, sowie die Pläne zur Vernichtung der gesamten Nation im Falle eines deutschen Sieges, hatte den traditionellen Antifaschismus des tschechoslowakischen Widerstandes allmählich in antideutschen Hass verwandelt. Hinzu kommt, dass die wenigen Sudetendeutschen, die nicht ihrem Führer Henlein folgen, den Tschechoslowaken jede Solidarität verweigern. Das Angebot Präsident Benesch an den Führer der sudetendeutschen Sozialdemokratie Wenzel Jaksch im Herbst 1939 in die Exilregierung einzutreten wurde von diesem abgelehnt.

Die von Jaksch geleitete "Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten" verweigerte sich auch im Herbst 1940 dem Ersuchen der Exilregierung, Vertreter in das tschechoslowakische Exilparlament zu entsenden und einen der drei Vizepräsidenten zu stellen. Jaksch verlangte von Benesch die Anerkennung eines autonomen Sudetenlandes in einer mitteleuropäischen Föderation, die nach Lage der Dinge von Deutschland dominiert würde. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten verweigerten den Eintritt in die gegen Hitler im Krieg stehende Front. Skandalös war die Taktik, das generöse Angebot Beneschs, dessen Annahme bedeutet hätte, sich bedingungslos auf die Seite der tschechischen Republik zu stellen, durch immer neue Forderungen scheitern zu lassen. Es erging trotz der Bitten der Exilregierung kein Aufruf an die sudetendeutschen Sozialdemokraten, sich der im Aufbau befindlichen tschechoslowakischen Auslandsarmee anzuschließen.

Die Radikalisierung der deutschen Besatzungspolitik durch Reinhard Heydrich und das Scheitern einer Übereinkunft mit dem demokratischen deutschen Exil stärken die Entschlossenheit des Widerstands die Sudetendeutschen nicht mehr als Bestandteil der tschechoslowakischen Nation anzusehen. In der Öffentlichkeit der alliierten Nationen wächst die Erkenntnis, dass der Nationalsozialismus und sein Führer die Unterstützung und Loyalität der übergroßen Mehrheit der Deutschen besitzen. Ein Sieg Deutschlands wäre der Triumph der Utopie von Lebensraum, Herrenrasse und Vernichtung. Ab 1943 gibt es in den alliierten Nationen keinen ernstzunehmenden Politiker mehr, der sich gegen eine Aussiedlung der Sudetendeutschen gewandt hätte.

Nach der Niederlage Deutschlands billigt die Potsdamer Konferenz (17. Juli - 2. August 1945) der drei alliierten Siegermächte im XIII Artikel des Abschlußberichtes den Transfer der Deutschen aus Polen, der CSR und Ungarn. Über Zahlen, Zeiträume und Aufnahmegebiete sollte der alliierte Kontrollrat entscheiden. Er genehmigte am 20. November 1945 die Abschiebung von 2,5 Millionen Deutschen, davon 750.000 in die sowjetische und 1.750.000 in die amerikanische Besatzungszone. Bis zum Jahre 1947 werden 3 Millionen Deutsche zum Verlassen des Landes gezwungen. oder flüchten damit sie nicht für begangene Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Im Frühjahr und Sommer 1945 entlädt sich der aufgestaute Hass gegen alle Deutschen in den Gebieten des ehemaligen Sudetengaus. Es kommt zu Lynchaktionen, Selbstjustiz und Exekutionen, denen auch offensichtlich Unschuldige zum Opfer fallen. Die Zustände waren geprägt von der Willkür lokaler Behörden und Milizen. Hinzu kommen marodierende Banden von Kriminellen und Deserteuren, die das Klima der Gewalt und Rechtlosigkeit verschärfen. Rache, Vergeltung, aber auch kriminelle Gier und Mordlust kosten nach verschiedener Schätzungen deutscher und tschechischer Historiker etwa 9.000 Menschen das Leben. Die

Verhältnisse normalisieren sich allmählich mit der Konsolidierung staatlicher Macht ab Herbst 1945 und der Durchführung der alliierten Beschlüsse von Potsdam.

Die Potsdamer Beschlüsse der Alliierten über den Transfer der deutschen Bevölkerung werden ergänzt durch Dekrete Präsident Benes, der, legitimiert durch sein in der Kriegs- und Exilsituation entstandenes Gesetzgebungsrecht, die Umgestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse der CSR einleitet. Die provisorische Nationalversammlung legitimiert am 29. März 1946 die Dekrete Beneschs. Die umfassende politische und ökonomische Umgestaltung manifestiert sich in 148 Dekreten des Präsidenten. 3 Dekrete ergänzen die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens: Dekret Nr. 12 über die "Konfiskation des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Magyaren, wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen Volkes", Dekret Nr. 33 über die "Staatsbürgerschaft" und schließlich Dekret Nr. 108 über "Die Konfiskation feindlichen Vermögens". Diese drei Dekrete kann man als die Ausführungsbestimmungen des "Potsdamer Abkommens" bezeichnen. Die Benesch-Dekrete garantieren in ihrer Gesamtheit die Kontinuität tschechoslowakischer Staatlichkeit, die durch das "Münchener Abkommen" und die deutsche Okkupation zeitweise zerschlagen wurde. Gemäß den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens hatten die alliierten Mächte in ihren Besatzungszonen politische Zusammenschlüsse der ausgesiedelten Deutschen verboten. Ausgenommen davon waren örtliche Vereinigungen, die eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage anstrebten. Unter dem Schutz der evangelischen und katholischen Kirche beginnt die politische Neuorganisation der "Sudetendeutschen". Als Mitarbeiter "christlicher Hilfsstellen" treiben die sudetendeutschen Nationalsozialisten ab 1948 die Planungen für die Gründung legaler Organisationen und Vereinigungen nach der in Aussicht stehenden Aufhebung des alliierten Koalitionsverbots voran. Die zentrale "Münchener Hilfsstelle" wird von dem sudetendeutschen Nazi-Kader und späterem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Walter Becher mitaufgebaut. Bayern, Hessen, Baden und Württemberg sind die Schwerpunkte der illegalen Vereine, die sich die Neugründung einer umfassenden "Volksgruppenorganisation" zum Ziel gesetzt haben. In Stuttgart treffen sich am 24./25. September 1949 - vier Monate nach Gründung der Bundesrepublik - 70 ehemalige führende Nazi-Funktionäre des NS-Mustergaus Sudetenland. In den Referaten der Tagung werden die politischen und organisatorischen Grundsätze des zu gründenden "Witiko-Bundes" (benannt nach einer Romanfigur Adalbert Stifters) formuliert. Der völkische Radikalismus, das Verlangen nach Revanche und Rache, wird in den Reden offen formuliert. Als wichtigste organisatorische Aufgabe wurde die Gründung einer einheitlichen Volksgruppenorganisation angesehen, die möglichst alle "Vertriebenen" umfassen sollte. Die politischen Zielsetzungen der Nazi-Elite sollten durch diese "Landsmannschaft" in der Öffentlichkeit vertreten werden. Organisatorisch ist der Witiko-Bund eine reine Kaderorganisation, dessen Mitgliedschaft auf 1000 Personen begrenzt ist. Vorbild sind die illegalen Nazi-Organisationen in der CSR von 1933-38, die die legale Sudetendeutsche Partei Henleins steuerten und kontrollierten. Die Männer, die sich in Stuttgart versammeln, waren als hohe Funktionäre der NSDAP, der SS, des SD und anderer NS-Organisationen verantwortlich für die Zerschlagung der CSR 1938/39, die Errichtung der deutschen Ausplünderungs- und Terrorherrschaft, und schließlich planend und ausführend an der Ermordung hunderttausender Bürger der CSR beteiligt. Der organisatorische und politische Rahmen der zu gründenden "Vertriebenenorganisation" der Sudetendeutschen wird auf diesem Treffen von der Nazi-Elite festgeschrieben. Ein sogenannter Gründungsausschuss, dominiert von den Nazis des Witikobundes, übernimmt die programmatischen und organisatorischen Vorarbeiten für die offizielle Gründung der sudetendeutschen Landsmannschaft, die beim ersten Pfingsttreffen der "Sudetendeutschen" 1950 in Kempten erfolgt.

Der Begriff "Sudetendeutsch" war 1950 für viele Bürger der neugegründeten Bundesrepublik positiv besetzt. Die NS-Propagandawelle des Jahres 1938 für die "arme unterdrückte Minderheit der Deutschen im Sudetenland" hatte in jedem Volksgenossen den gerechten Zorn auf das "Regime" Edward Benesch geweckt. Die Annexion der Grenzgebiete der CSR und ihre Einverleibung als "Gau Sudetenland" in das Deutsche Reich 1938 waren als grandioser, ohne Blutvergießen errungener Sieg Adolf Hitlers im kollektiven Gedächtnis der Deutschen präsent. Die 1950 gegründete "Sudetendeutsche Landsmannschaft" symbolisiert auch mit ihrer Namensgebung die Kontinuität des völkischen Radikalismus.

Zum ersten Sprecher der sudetendeutschen Landsmannschaft wurde im Gründungsjahr Lodgmann von Auen (1877-62) gewählt. Als Anführer der rechtsradikalen deutschen National-Partei, war Auen ein erbitterter Feind der tschechoslowakischen Republik". In dem mit 15 Millionen Mark öffentlicher Mittel finanzierten Sitz der Landsmannschaft, dem "Sudetendeutschen Haus" in München erinnert der Lodgmann von Aue -Konferenzsaal bis heute an den Vorkämpfer der sudetendeutschen Volksgemeinschaft. In der 1950 verabschiedeten und bis heute gültigen Satzung der Landsmannschaft, die sich als "überparteiliche und überkonfessionelle Volkstumsorganisation der Sudetendeutschen in der Vertreibung" definiert, wird offensiv die Wiederinkraftsetzung des "Münchener Abkommens" verlangt. Nichts anderes bedeutet der § 3 Absatz b "Den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen" Hinzu kommt im nächsten Punkt 3c die Forderung nach "Rückgabe des konfiszierten Vermögens auf der Basis einer gerechten Entschädigung" Die erhobenen Forderungen betragen 1978 130 Milliarden DM. Im Jahre 2002 werden sie von Seiten der Landsmannschaft auf 266 Milliarden DM veranschlagt. Diese unverzichtbaren Ansprüche werden automatisch auf jede neue Generation von "Sudetendeutschen" übertragen. Die "Volksgruppenzugehörigkeit" wird in Absatz 4 der gültigen Satzung definiert. Sie überträgt sich automatisch auf alle Nachkommen der "Volksgemeinschaft" in der Bundesrepublik.

Die Mitglieder der "Landsmannschaft" sind in sogenannten Gebietsgliederungen, ihren Wohnorten in der Bundesrepublik und in sog. Heimatgliederungen, ihren früheren Heimatwohnsitzen in der CSR, erfasst. Es werden weiter Geburts- und Sterberegister geführt. 140 bundesdeutsche Kommunen und Landkreise unterstützen diesen völkischen Irrsinn durch die Übernahme von Patenschaften für die "Heimatgliederungen". Das oberste Gremium der Landsmannschaft bildet das für 4 Jahre gewählte "Exilparlament", die Bundesversammlung. Sie tagt im bayerischen Landtag und wählt die "Exilregierung", den Bundesvorstand der Landsmannschaft. Seit der Gründung der "Landsmannschaft" verfügt der von der Sudetendeutschen Nazi-Funktions- und Vernichtungselite 1949 gegründete Witikobund über die Mehrheit in diesen. Als Kaderorganisation konzipiert, hat er das biologisch bedingte Ausscheiden der meisten seiner Gründerväter überlebt und einen erfolgreichen Generationenwechsel vollzogen. Er ist die politische Steuerungsgruppe der "Landsmannschaft" und die erfolgreichste Organisation des völkischen Radikalismus in der Bundesrepublik. Der Witikobund sieht sich als "geistige Elite", die dazu berufen ist, die Vertriebenenverbände auf eine radikalvölkische Politik auszurichten. 4 der 10 Mitglieder des derzeitigen gewählten Bundesvorstandes der Landsmannschaft sind als Mitglieder des Witikobundes und langjährige rechtsextreme Aktivisten identifizierbar. Das gleiche gilt für den Vorsitzenden des mitgliederstärksten bayerischen Landesverbands.

Es sind die geistigen und politischen Zöglinge der NS- Massenmordelite des Reichsgaus Sudetenland, die bis heute die Politik der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" bestimmen. Die Bundesrepublik rehabilitiert und integriert seit 1949 die Vordenker und Exekutoren der NS- Vernichtungspolitik in der CSR, in den Staats- und Verwaltungsapparat. Sie machen

Karriere in den Einrichtungen und Institutionen der Landsmannschaft, sind Abgeordnete der Landtage und des Bundestages, werden Minister auf Bundes- und Landesebene. Fritz Karmasin, Führer der "Karpatendeutschen" im Nazi-Marionettenstaat Slowakei und SS-Hauptsturmführer wurde von der CSR 1947 als Hauptverantwortlicher für die Ermordung von 60000 tschechoslowakischen Bürgern jüdischen Glaubens zum Tode verurteilt. Er verbarg sich unter dem Namen Dibak in Österreich und ließ sich unter richtigem Namen Anfang der fünfziger Jahre in der BRD nieder. Wiederholt gestellten Auslieferungsanträgen von Seiten der Tschechoslowakei wurden nicht stattgegeben. Von 1957 bis zu seinem Tode 1970 war er Geschäftsführer des Witiko- Bundes, Mitglied des "Exilparlaments" und als Verlagsleiter der offiziellen "Sudetendeutschen Zeitung" tätig. An seiner Seite wirkten Hunderte hochrangiger Nazis. Die sehr lückenhafte Dokumentation der DDR über Nazi-Kriegsverbrecher und Völkermörder in der Bundesrepublik von 1968 enthält die Namen von über 100 führenden Funktionären der Sudetendeutschen Landmannschaft. Für die politische Kultur der Bundesrepublik bilden die "Vertriebenen" einen unverzichtbaren Bestandteil. Sie stillen das tiefe Bedürfnis der großen Mehrheit der Deutschen, selbst Opfer des 2. Weltkrieges gewesen zu sein. Bereits 1952 wurde im sogen. Lastenausgleichsgesetz in über 400 Paragraphen vielfältige Entschädigungszahlungen für die "Vertriebenen" durch den deutschen Bundestag beschlossen. Bis 1991 addierten sich die Zahlungen auf 121, 2 Milliarden DM.

Politisch weigerte sich die Bundesrepublik die Niederlage im 2. Weltkrieg durch Annerkennung der Grenzen gegenüber den östlichen Nachbarn anzuerkennen. Um die Legitimität der territorialen Forderungen zu untermauern, wurde eines der bis heute größten zeitgeschichtlichen Großforschungsprojekte der Bundesrepublik initiiert. Unter der politischen Obhut des sog. "Bundesvertriebenenministeriums" wurde von 1950 bis 61 die sog. "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost- Mitteleuropa" erarbeitet.

Die Dokumentation wurde von seitens des Bundestags zu einer Aufgabe von nationalpolitischer Bedeutung erklärt. Die Entlarvung des "Unrechts" des Potsdamer Abkommens der alliierten Siegermächte 1945 und die Untermauerung des deutschen Anspruches auf die geraubten Ostgebiete war das Ziel des Unternehmens. Vorbild war die Zeit nach dem 1. Weltkrieg als deutsche Nationalisten und Historiker im Kampf gegen die Schande von Versailles eng kooperierten. Die Hasspropaganda gegen "Versailles" wurde zum Vorbild des Kampfes gegen Potsdam. Mit der Konzentration auf die Vertreibung der Deutschen sollte die alleinige deutsche Schuld und Verantwortung für den 2. Weltkrieg relativiert und die völkerrechtliche Position der BRD verbessert werden. Die Grundlage des Unternehmens bilden fast ausschließlich Zeitzeugenberichte. Dementsprechend wurden Hunderte von sog. "Sammlern" damit beauftragt, Flüchtlinge und " Vertriebene" zu befragen. Die wissenschaftliche Reputation des ganzen Projekts war in Frage gestellt, als sich 1952 herausstellte, das die "Sammler" nach der Anzahl, der in ihren Befragungen dokumentierten Fällen von Mord, Totschlag und Vergewaltigung bezahlt wurden. Das wissenschaftliche Instrumentarium wurde oberflächlich objektiviert, an der politischen Stossrichtung veränderte sich nichts. Es erschienen bis zum Jahre 1961 5 Bände mit 5000 Seiten, mehrere Beihefte wurden publiziert. 1984 wurde eine unveränderte und vollständige Taschenbuchausgabe bei DTV gedruckt. Der publizistische und politische Erfolg zeigte sich in Tausenden von "Sachbüchern", Zeitungs- und Illustriertenserien . Nie erschienen ist der geplante Band 6. Er sollte sich mit der " Vorgeschichte" der Vertreibung, der deutschen Aggressions- und Vernichtungspolitik befassen und die Funktion der "volksdeutschen Minderheiten" für die Expansion NS- Deutschlands untersuchen.

Die Propaganda der Landsmannschaft stilisiert die "sudetendeutsche Volksgemeinschaft" bis heute zum unschuldigen Opfer tschechoslowakischer Gewaltpolitik. Behauptete man Mitte

der 50er Jahre noch, dass 20.000 Deutsche Opfer der Tschechen wurden, so hat sich die Zahl bis heute mehr als verzehnfacht. Die Zahl von 250.000 beruht auf statistischen Manipulationen. Sie ergibt sich aus der Differenz, zwischen den bei der Volkszählung von Mai 1939 im NS-Gau Sudetenland registrierten Deutschen und der Zahl der ausgesiedelten Deutschen von 1950 in den Aufnahmestaaten, die teils errechnet, teils geschätzt werden. Den größten Unsicherheitsfaktor bilden jedoch jene 143.000 Personen, die von Mai 1945 -Juni 1947 Anträge auf Einbürgerung in die CSR gestellt haben, sowie die nicht geklärte Zahl der Sudetendeutschen, die als Angehörige der Wehrmacht, der SS und des sudetendeutschen Volkssturms gefallen sind. Auf Seiten der " Landsmannschaft" und ihrer publizistischen und historischen Hilfstruppen kann man beruhigt jedes Interesse an einer seriösen Auseinandersetzung über die wirklichen Opferzahlen ausschließen. Die mehrfachen Entschuldigungen und Deklarationen der Tschechen, in denen Sie seit 1989 die Ermordung von Unschuldigen in der Phase der sog. wilden "Vertreibungen" von Mai bis Okt. 1945 bedauern, sind für die Funktionäre der Landsmannschaft belanglos. Die Erfindung von angeblich 250.000, während der Vertreibung, getöteten Sudetendeutschen ermöglicht die politische Konstruktion der Sudetendeutschen als Opferkollektiv, dessen Leiden identisch ist mit dem Schicksal der 260.000 tatsächlich von den Deutschen ermordeten jüdischen Bürgern der CSR in den Grenzen von 1937. Walter Becher, Sprecher der sudetendeutschen Landsmannschaft von 1968-82, zeitweiliger Vorsitzende des " Witikobundes" und Verfasser einer Unzahl antisemitischer Hetzartikel im offiziellen Organ der NSDAP Sudetenland, der "Zeit", schreibt in seinen 1990 erschienen Memoiren "Zweifelloos ist das an den Juden begangene Verbrechen einmalig und in der Geschichte ohne Beispiel. Während indes seine Urheber den Beschluss zu seiner Durchführung eifrig tarnten, sowie diese selbst in abgeschlossenen Lagern vollzogen, fand der an den Deutschen in Böhmen und Mähren-Schlesien verübte Holocaust auf offener Straße statt."

Neben den Deutschen, als größter Opfergruppe, bedauert die Landsmannschaft heuteauch das "Leid der Juden". Der historische und politischen Ort der Vorbereitung und Durchführung der Vernichtung der jüdischen Bürger der Republik ist allerdings verschwunden. Es gibt in der Darstellung der Landsmannschaft keine antisemitische sudetendeutsche Tätergesellschaft in den Jahren 1938-45. Die ermordeten 260.000 jüdischen Menschen werden in der magischen Zahl der 6 Millionen integriert, deren tragisches Schicksal im "Osten" man bedauert. Die politischen Ursachen und konkreten Abläufe des deutschen Verbrechens gegen die Menschheit verschwinden hinter den Taten "von Hitler, Stalin und Benesch".

Präsident Benesch selbst, mutiert in neueren Publikationen, die von der "Landsmannschaft" empfohlen werden, vom "Werkzeug der Juden", zum Agenten der "Freimaurer". Den Tschechen selbst, so die offizielle Version der Landsmannschaft ging es gut unter der Herrschaft der Deutschen. Sie haben ihre Opferzahlen willkürlich erhöht indem, sie die ermordeten Juden einfach zu Bürgern der Tschechoslowakischen Republik erklären und sich, man muss es wohl so sagen, weigern die "Nürnberger Rassegesetze" auf die von den Deutschen ermordeten Bürger der Republik anzuwenden.

Horst Übelacker, pensionierter Direktor der deutschen Bundesbank, seit vielen Jahren Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand der sudetendeutschen Landsmannschaft und aktueller Führer des Witkobundes schreibt es den Tschechen ins "Stammbuch": "Gehen wir dem nach, dann stellen wir bei dem leidgeprüften Tschechen fest, dass sie die höchste Vermehrungsquote in Mitteleuropa hatten, dass sie nicht zur Wehrmacht eingezogen wurden, sie in der Rüstungsindustrie oder in der Landwirtschaft arbeiteten und es ihnen im Prinzip nicht schlecht ging (...) der vorletzte Prager Botschafter behauptet völlig realitätsfremd, während des Krieges seien Hunderttausende von Tschechen umgekommen die Opfer von

Lidice belaufen sich auf 181 Personen, weitere Opfer sind in Tausender- Größenordnung zu beklagen. Doch wie viele Lidice... hat es hingegen im Sudetenland gegeben? Nur darüber spricht man nicht"

Nachbemerkung:

"Eine historische Leistung eigener Art vollbrachte der Sudetendeutsche Oskar Schindler aus Zwittau im Schönhengstgau. Zunächst ein ausgesprochener Kriegsgewinnler, obsiegte bei diesem Mitglied der NSDAP mit guten Kontakten zur SS schließlich die Menschlichkeit, so dass er unter monatelanger Gefahr für das eigene Leben über 1200 Juden vor der Vernichtung rettete... Seine Frau, Emilie Schindler, wurde als große Persönlichkeit der Sudetendeutschen mit dem Menschenrechtspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft ausgezeichnet. Über das Leben und Wirken von Emilie Schindler ist auch eine Ausstellung vorhanden, die beim Referat Heimatpflege der Sudetendeutschen Landsmannschaft entliehen werden kann"